

## Flierl im Stasi-Geflecht gefangen



**Linkspartei-Kulturse-nator Flierl wurde von seiner eigenen Vergangenheit und der seiner**

**Partei eingeholt.** Auf einer Veranstaltung zur Geschichte der Stasi-Gedenkstätte Hohenschönhausen hat er es zugelassen, dass ehemalige Stasi-Offiziere die Opfer der zweiten deutschen Diktatur in unerträglicher Weise beschimpft und das SED-Unrecht geleugnet haben. Die Verstrickungen der SED-Nachfolgepartei in das Geflecht von Stasi-Ehemaligen sind offensichtlich tiefer, als bislang bekannt war. Flierls Schönfärberei der Täter als ‚Zeitzeugen‘ und seine passive Haltung sind Ausdruck einer klammerheimlichen Sympathie der Linkspartei für die SED-Alt-kader, die die deutsche Geschichte nach mehr als 16 Jahren nach der Wende umschreiben wollen. Kein Zufall, dass ausgerechnet im Buchladen der Parteizentrale der Linkspartei, dem Karl-Liebnecht-Haus, Bücher eines Sammelbeckens von ehemaligen Stasi-Leuten vertrieben werden. In denen wird wie auf der besagten Veranstaltung in der BVV Lichtenberg Geschichtsklitterung sowie Hetze gegen den Hohenschönhausener Gedenkstättenleiter Hubertus Knabe in übelster Weise betrieben. Bezeichnend ist,

dass die Organisation der Stasi-Ehemaligen ihren Sitz im Haus der Leib- und Magenzeitung der Linkspartei, dem ‚Neuen Deutschland‘, am Franz-Mehring-Platz in Friedrichshain hat. Die CDU-

mit der KPD 1946 zwangsvereinigt wurde, hat die Berliner SPD das Verhalten von Flierl nicht gerügt und eine Missbilligung wegen seines wohlwollenden Verhaltens gegenüber den alten Stasi-

es an Flierl, die ebenfalls überfällige Entschuldigung nachzuholen, als Senator zurückzutreten und damit den Weg für eine Neubesetzung des Stiftungsratsvorsitzes der Gedenkstätte Hohen-



Der Leiter der Gedenkstätte Hohenschönhausen, Dr. Hubertus Knabe, im Gespräch mit dem CDU-Fraktionsvorsitzenden Nicolas Zimmer und Generalsekretär Frank Henkel (v.l.)

Fraktion und die anderen beiden Oppositionsparteien haben nach diesem skandalösen Auftritt eine Resolution in das Berliner Abgeordnetenhaus eingebracht, die das unverantwortliche Verhalten der ehemaligen Stasi-Leute und das von Flierl aufs Schärfste verurteilt. Obwohl viele Sozialdemokraten selbst von der SED verfolgt wurden, von der Stasi menschenrechtswidrig in Zuchthäusern eingesperrt worden sind und die Partei

Kadern abgelehnt. Selbst die SPD-Abgeordnete Seidel-Kalmutzki, deren Familie selbst unter dem Regime gelitten und eine bewegende Rede gehalten hat, stimmte gegen eine Rüge Flierls. Erst auf ihrem Parteitag, immerhin mehr als zwei Wochen später, legte die SPD dem Kultursenator den Rücktritt nahe. Ein längst überfälliger Schritt, den die Berliner Union und die Opferverbände zuvor schon eingefordert hatten. Jetzt liegt

schönhausen freizumachen. Die Union hat schon Konsequenzen gezogen und eine Gesetzesänderung im Abgeordnetenhaus beantragt. Nach der soll nicht mehr der Kultursenator automatisch Stiftungsratsvorsitzender der Gedenkstätte Hohenschönhausen sein, sondern eine vom Senat zu benennende Persönlichkeit, die im Gegensatz zu Flierl Kompetenz, Glaubwürdigkeit und vor allem das Vertrauen der Opfer besitzt.

## In Kürze

### Berliner CDU trauert um Horst Gibtner

Die Berliner CDU trauert um ihr langjähriges Mitglied Horst Gibtner, der am 2. April 2006 plötzlich und unerwartet nach einem Herzinfarkt verstorben ist. Der ehemalige Köpenicker CDU-Kreisvorsitzende Gibtner war Verkehrsminister unter Lothar de Maizière in der ersten frei gewählten DDR-Regierung und saß für die CDU von 1990 bis 1995 im Deutschen Bundestag. Die Beerdigung findet statt am Montag, 10. April, 11 Uhr, auf dem Waldfriedhof Wuhlheide.

### Merkel kündigt nationales Energiekonzept an

Nach dem ersten Energiegipfel kündigte Bundeskanzlerin Angela Merkel an, die Branche wolle bis zum Jahr 2012 mehr als 30 Milliarden Euro in neue Kraftwerke und Energienetze investieren. Im gleichen Zeitraum sollen im Bereich der erneuerbaren Energien „Investitionen von 33 bis 40 Milliarden Euro“ getätigt werden. Der Gipfel habe aber auch gezeigt, dass es „strittige Punkte“ gebe wie den Atomausstieg.

### BBI ohne Schnick-Schnack – Flughafenkonzept prüfen

„Das Konzept für den Großflughafen BBI muss an der Realität ausgerichtet werden“, so der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Alexander Kaczmarek. Er kritisierte zudem neuerliche Forderungen nach einer Schließung des Flughafens Tempelhof. „Wir sind auch künftig auf die Kapazitäten des City-Airports angewiesen. Eine Schließung wäre im Kontext vergleichbarer Metropolen von London über Paris bis Rom und auch New York töricht.“

## Union für einen Nationalen Aktionsplan Integration



**Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat einen Integrationsgipfel mit Vertretern**

**von Bund, Ländern und Kommunen, aber auch von Tarifpartnern, Kirchen und Wohlfahrtsverbänden angeregt.**

Der Fraktionsvorstand hat dazu am 3. April ein entsprechendes Positionspapier beschlossen. Auf diesem Gipfel soll ein

„Nationaler Aktionsplan Integration“ verabschiedet werden, der „konkrete Ziele mit konkreten Fristen“ vereinbaren soll. Ein Bündel von Maßnahmen aus der Sozial- und Bildungspolitik, aber auch ausländerrechtliche Vorschriften sollten untersucht und angeboten werden, forderte der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder. Von allen, die in unserem Land leben, erwartete Kauder, dass sie „in der Gesellschaft“ leben und dass sie sich an bestimmte in unserer Gesell-

schaft geltende Verhaltensmuster und Gesetze hielten. Forderungen nach Abschaffung der Hauptschule wies Kauder erneut zurück. Nicht die Hauptschule sei das Problem, sondern die mangelnde Integration der jungen Menschen, stellte er fest. Jedes Kind, das in die Grundschule komme, solle so gut Deutsch beherrschen, dass es dem Unterricht problemlos folgen könne, heißt es in dem Papier weiter. In einem Gastbeitrag für die Frankfurter Allgemeine Sonntagszei-

tung hatte sich der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder für einen solchen „Nationalen Aktionsplan Integration“ ausgesprochen. Kauder hatte auch vor dem Hintergrund des Hilferufes der Lehrer einer Berliner Hauptschule - dazu aufgerufen, Integrationspolitik endlich wieder ernst zu nehmen. Dies sei eine Aufgabe von nationaler Bedeutung, fügte er hinzu. Zustände wie an der Rütli-Hauptschule dürften nicht „zum Normalfall in Großstädten“ werden.